presse

Bundesregierung lässt maritime Wirtschaft im Stich

Zum gestrigen Spitzengespräch zur maritimen Wirtschaft erklärt der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Garrelt Duin:

Keine zusätzlichen Mittel seitens des Bundes für die maritime Wirtschaft zu stellen, ist ein falsches Signal. Eine rein privatwirtschaftliche Regelung für die Schifffahrtsbranche, wie Herr Otto sie anstrebt, ist keine wirkliche Lösung. Hier muss die Bundesregierung mehr Verantwortung übernehmen. Ein besserer Ansatz wäre es, die Bedingungen für staatliche Unterstützung zu verändern, Innovationen stärker zu fördern und öffentliche Aufträge vorzuziehen.

Der Schiffbau ist sehr kapitalintensiv und die Branche steckt tief in der Krise. Unter solchen Bedingungen sind zehn Prozent Ausfallrisiko für die Banken eine hohe Hürde. Der Bund muss sich bei den Ausfallbürgschaften daher stärker beteiligen.

Im Gegensatz zur Annahme von Otto sind die deutschen Werften auch nicht in der Lage einen Zeitraum von drei bis fünf Jahren ohne Neuaufträge zu überstehen.

Der Handlungsspielraum der maritimen Wirtschaft wird durch die Planungen der Bundesregierung sogar noch weiter begrenzt: Der aktuelle Haushaltentwurf für das laufende Jahr sieht in der mittelfristigen Finanzplanung vor, den Bereich der maritimen Wirtschaft bereits ab 2011 um zehn Prozent zu kürzen. Dabei steht zu befürchten, dass sich viele Betriebe, unter anderem mit dem Instrument der Kurzarbeit, noch über das laufende Jahr retten können und dass die wirklich schweren Brocken erst im kommenden Jahr auf sie zukommen.